Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen bei Nato-Übung in Polen

CHRISTIAN THIEL

Militär

Bundeswehr vor Libyen-Einsatz

Bis zu 200 Soldaten sollen einheimische Streitkräfte ausbilden.

Die Bundeswehr steht nach den jüngst beschlossenen Missionen in Syrien und Mali vor einem weiteren Auslandseinsatz. Laut internen Plänen könnten deutsche Soldaten gemeinsam mit italienischen Kameraden bereits in wenigen Monaten damit beginnen, libysche Streitkräfte auszubilden. Aus Sicherheitsgründen soll die Mission vorerst in Libyens Nachbarland Tunesien stattfinden. Sie könnte 150 bis 200 Bundeswehrsoldaten umfassen und sich daran orientieren, wie die Kurden im Norden des Irak ausgebildet werden. Der Einsatz soll Libyen stabilisieren und verhindern, dass sich die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) weiter in dem nordafrikanischen Land ausbreitet. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hatte die Idee seinen Amtskollegen bereits Mitte Dezember auf einem internationalen Treffen in Rom vorgestellt. Vor dem deutschen Auslandseinsatz müssten die verfeindeten politischen Kräfte Libyens, die einander seit Jahren bekämpfen, allerdings eine Einheitsregierung bilden. Kurz vor Weihnachten hatte der deutsche Uno-Sondervermittler Martin Kobler eine grundsätzliche Einigung zwischen den Konfliktparteien erzielt, diese sollen sich zu einer Übergangsregierung zusammenfinden. Das Berliner Verteidigungsministerium wollte sich auf Anfrage nicht äußern. gor, mgb

Rüstungsexporte

Deutsche Granaten in Saudi-Arabien

Saudische Sicherheitskräfte haben offenbar Produkte einer deutschen Firma gegen die Protestbewegung im Land eingesetzt. Das legen Fotos vom Dezember 2014 nahe, die wohl aus der Stadt Awamija stammen; dort lebte der in der vorigen Woche hingerichtete schiitische Geistliche Nimr Baqir al-Nimr (siehe auch Seite 74). Auf den Bildern sind nicht tödliche Blend- und Knallgranaten zu sehen, wie sie der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern produziert. Ferner ist eine ungenutzte Splittergranate vom Kaliber 40 Millimeter abgebildet. Spezialeinheiten des saudischen Innenministeriums hatten die Stadt Ende 2014 nach Protesten wegen des Todesurteils gegen den Oppositionellen gestürmt. Laut Recherchen der Menschenrechtsorganisation Americans for Democracy and Human Rights in Bahrain starben fünf Einwohner. Das für Rüstungsexporte zuständige Bundeswirtschaftsministerium von Sigmar Gabriel (SPD) verweist in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Linken-Abgeordneten Jan van Aken darauf, dass die Ausfuhr der Blendgranaten „weder nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz noch dem Außenwirtschaftsgesetz genehmigungspflichtig“ sei. Splittergranaten dieses Typs stellt eine österreichische Tochterfirma von Rheinmetall her, die Aufsicht obliegt Behörden in Wien. Rheinmetall erklärte auf Anfrage, in Kontakt mit der amerikanischen Menschenrechtsorganisation zu stehen, um „dem geschilderten Sachverhalt auf den Grund zu gehen“. gt, on

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel